

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

## Der Dollar und die westeuropäischen Länder

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1960) : Der Dollar und die westeuropäischen Länder, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 40, Iss. 11, pp. 603-608

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133044>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Der Dollar und die westeuropäischen Länder

### FRANKREICH: Vertrauen in die amerikanische Wirtschaft

Paris, den 7. 11. 1960

Frankreich besitzt gegenüber den Vereinigten Staaten ein reines Gewissen. Außerdem glaubt es sich zusätzlich leisten zu können, das Verhalten einiger seiner europäischen Partner in dieser Hinsicht etwas mißbilligend zu beurteilen. Dies gilt besonders, da dieses Verhalten auch für seine Währungspolitik nicht gerade angenehm ist, wie z. B. die lange hochgehaltenen Diskontsätze Großbritanniens und der Bundesrepublik.

#### *Rücksicht auf die Dollarkrise*

Paris zog durch seinen Diskontsatz nie amerikanisches Fluchtkapital an. Als die Federal Reserve Banken jenseits des Ozeans ihre Zinssätze ermäßigten, folgte Frankreich ziemlich bald mit einer Verringerung seines eigenen Diskontsatzes von 4 auf  $3\frac{3}{4}\%$ . Sein Finanzminister durfte außerdem mit Recht feststellen, daß der Pariser Markt an der Goldspekulation gegen den Dollar im Oktober nicht beteiligt war und seine Kurse nur den internationalen Bewegungen folgten. Paris ist ferner seit einiger Zeit mit Rücksicht auf die Dollarkrise besorgt, seine Dollarschulden beschleunigt zurückzuzahlen. Der letzte Akt war die vorzeitige Begleichung der Restschuld gegenüber dem Internationalen Währungsfonds in Höhe von 138 Mill. \$. Dies ist ein nicht unbeachtlicher Betrag, wenn man bedenkt, daß die Goldverluste der Vereinigten Staaten zwischen Januar und Oktober 1960 ungefähr 1 Mrd. \$ betragen.

Frankreich scheint sich bis auf weiteres mit einer offiziellen Gold- und Devisenreserve von 2 Mrd. \$

begnügen zu wollen. Neue Überschüsse der Zahlungsbilanz will es, soweit erforderlich, zur beschleunigten Abdeckung seiner Auslandsschulden benutzen. Diese Methode ist natürlich den Vereinigten Staaten höchst angenehm. Französische Rückzahlungen an Großbritannien ermöglichten diesem mehr als indirekt neue Dollarzahlungen an die Vereinigten Staaten.

#### *Hohe Liberalisierung*

Auch handelspolitisch betrachtet sich Frankreich als korrekt. Seine Einfuhren aus den Vereinigten Staaten nehmen neuerdings regelmäßig zu. In den ersten neun Monaten dieses Jahres betragen sie 2,81 Mrd. NF gegenüber nur 1,5 Mrd. in der Vergleichszeit des Vorjahres. Von wenigen Ausnahmen abgesehen ist die Liberalisierung der Einfuhr aus dem Dollarraum ebenso weit fortgeschritten wie aus den europäischen Ländern.

Bekanntlich beabsichtigt Frankreich, für Industrieimporten sämtliche Kontingente bis Juli 1961 zu beseitigen. Der französische Agrarprotektionismus dürfte die Vereinigten Staaten nicht stören. Frankreich war auf diesem Gebiet für sie nie ein erwähnenswerter Markt. Allein für die Baumwollausfuhr kommt es als wertvoller Partner in Frage. Schon aus preislichen Gründen verwendet die französische Industrie ein Höchstmaß amerikanischer Rohbaumwolle. In Brüssel werden für die gemeinsame europäische Agrarpolitik übrigens zufällig und ohne besondere Absicht die amerikanischen Exportinteressen indirekt von Frankreich am besten verteidigt.

Es ist schwer zu sagen, ob und in welchem Ausmaß sich die Dollarkrise auf die französischen Lieferungen nach den USA auswirkt. In den ersten neun Monaten von 1960 ging die französische Ausfuhr nach den USA im Vergleich zu der Vorjahresperiode von 1,64 auf 1,54 Mrd. NF zurück. 1959 konnte jedoch Frankreich auf dem amerikanischen Markt außergewöhnlich starke Ausfuhrerfolge erzielen. Zum ersten Male verwirklichte es eine aktive Handelsbilanz. Es wäre erstaunlich gewesen, wenn dieser Zustand sich hätte lange halten lassen. Die Vereinigten Staaten sind immerhin Frankreichs größter Rohstofflieferant. Bei wiederanlaufender Konjunktur mußten ihre Lieferungen an die französische Industrie erheblich zunehmen.

Die Dollarkrise führte andererseits bisher zu keinen protektionistischen Maßnahmen. Wenn Frankreich eine empfindliche Einschränkung seines Automobilabsatzes jenseits des Ozeans hinnehmen mußte, so ist dies nach allgemeiner Überzeugung unabhängig von der Währungsentwicklung und eine normale Folge der besonderen Lage des amerikanischen Automobilmarktes. Selbstverständlich ist Frankreich ebenso wie alle anderen europäischen Länder sehr darum bemüht, allen protektionistischen Drohungen in den USA energisch entgegenzuarbeiten. Es sieht hierfür in seiner eigenen, liberalen Einfuhrpolitik und in einer loyalen währungsmäßigen Unterstützung der USA die besten Erfolgsgarantien.

#### *Keine Dollarabwertung erwartet*

Offizielle Stellen Frankreichs glauben schließlich weder an eine Goldaufwertung noch an eine

*Alle in der Abteilung „Zeitgespräch“ veröffentlichten Beiträge sind freie Meinungsäußerungen von Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik und von in- und ausländischen Mitarbeitern. Sie enthalten keine Stellungnahme der Redaktion und sind keine offiziellen Äußerungen der herausgebenden Institutionen.*

Dollarabwertung, zumindest nicht in absehbarer Zukunft. Der neue Präsident besitze genügend andere Mittel, um die Wirtschaft anzukurbeln. Eine Belebung der amerikanischen Konjunktur gilt für das nächste Frühjahr als höchst wahrscheinlich. Die Pariser Finanzsachverständigen weigern sich außerdem, die tatsächliche Tragweite der Dollar-krise zu überschätzen. Sie haben durchaus Vertrauen in die langfristige Widerstandskraft der amerikanischen Wirtschaft. Eine Dollarabwertung wäre Frankreich wahrscheinlich nicht angenehm. Es ist dringend auf eine langfristig gesicherte, aktive Handelsbilanz angewiesen. Eine Dollarabwertung müßte seinen Exportelan erschüttern. Paris sollte demnach eifrigst hinter der internationalen Finanzkulis- se gegen eine derartige Entscheidung manövrieren. Sie ist übr-

gens nach französischer Überzeugung nur dann möglich, wenn Großbritannien, die Bundesrepublik und Frankreich bereit sind, sie zuzulassen, d.h. wenn sie ihre eigenen Währungen nicht der neuen Dollar- Gold-Parität anpassen wollen.

Auch unabhängig von der Dollar- abwertung ist Paris wenig an einer Erhöhung des Goldpreises interessiert, weil sich hieraus für seine eigene, nicht leichte Stabilisie- rungspolitik nur Komplikationen ergeben könnten. Gewisse Index- garantien würden dann mit all ihren besonders psychologisch un- absehbaren Folgen ausgelöst. Das ganze Kursgefüge der Pariser Börse käme in Unordnung mit unvermeidlichen Spekulationsbewegun- gen. All dies kann Frankreich vor- läufig nicht brauchen. Währungs- technisch ist es also entschiedener Anhänger des Status quo. (fr.)

Währungsreserven weniger speku- lativen Bewegungen im Zusam- menhang mit einer etwaigen Goldaufwertung oder Dollarabwer- tung zuzuschreiben ist als viel- mehr einer Tendenz amerikani- scher Firmen, die Rückführung ausländischer Guthaben und For- derungen hinauszuschieben. Diese wird zweifellos durch die hohe Zinsspanne zwischen amerikani- schen und europäischen Geldmär- ken, im übrigen aber auch durch die geschäftliche Stagnation in den Vereinigten Staaten begünstigt. Darüber hinaus macht man in Lon- don, auch in amtlichen Kreisen, die Untätigkeit der deutschen Beh-örden angesichts der fortdauernden Zahlungsbilanzüberschüsse der Bundesrepublik für die Mißstände auf dem Währungsgebiet mitver- antwortlich.

#### *Gemeinsame Interessen*

Zwischen dem gegenwärtigen Druck auf den Dollar und den Be- lastungsproben, denen die Ster- lingwährung von Zeit zu Zeit aus- gesetzt ist, besteht insofern eine Parallele, als die Vereinigten Staa- ten ebenso wie Großbritannien in- folge des überwiegend interkonti- nentalen Charakters ihres Außen- handels Problemen ausgesetzt sind, die im kontinentalen Europa we- niger zu spüren sind. Beide Län- der haben ein besonderes wirt- schaftliches und auch politisches Interesse an einer Ausweitung des Welthandels und der Entwicklung der jungen Überseestaaten. Beide finden aber, daß erhöhte Investi- tionen und Kreditleistungen in die- sen und anderen Ländern ihre eigene Zahlungsbilanz übermäßig anspannen, wenn andere kapital- starke Staaten sich auf das nor- male Exportgeschäft beschränken und bestenfalls ihren Überseekun- den verhältnismäßig kurzfristige Ausfuhrkredite gewähren.

Die günstige Exportlage, deren sich Kontinentaleuropa erfreut, be- ruht, soweit das Überseegeschäft in Betracht kommt, maßgeblich auf den Anlagekrediten und Absatz- märkten, die die angelsächsischen Länder denselben Überseestaaten bieten. Amerikanische Anregungen, daß sich die kapitalstarken Länder in Europa stärker an der Finanz-

## GROSSBRITANNIEN: Dollarkrise im günstigen Zeitpunkt

London, den 6. 11. 1960

Unangenehm wie die jüngsten Goldkäufe und Dollarabgaben den stets auf Stabilität am Währungs- markt und gutes Einvernehmen mit anderen Zentralbanken bedach- ten britischen Finanzstellen sein mußten, konnte man sich in Lon- don über den Zeitpunkt dieser jüngsten Nervenprobe ausnahms- weise einmal nicht beklagen.

### *Lockerung der Bremsen*

Nachdem die britischen Wäh- rungsreserven trotz starker Han- delsdefizite in einigen der größten Sterlingländer neun Monate lang zugenommen hatten, während sich die heimische Konsumnachfrage zu- mindest in den letzten drei bis vier Monaten unverkennbar be- ruhigt hat, schien auf alle Fälle der Zeitpunkt für eine langsame Lockerung der monetären Konjunk- turbremsen gekommen zu sein. Daß der britische Diskontsatz ge- senkt wurde und die Londoner Geldmarktsätze weiter abwärts tendieren, entspricht also den bin- nenwirtschaftlichen Gegebenheiten nicht weniger als dem Wunsch, den Zinsüberhang gegenüber den Vereinigten Staaten zu vermindern und so einen praktischen Grund

für die Verlagerung von Dollar- fonds nach Europa beseitigen zu helfen.

Der britische Diskontsatz könnte tatsächlich bald weiter gesenkt werden, ohne einen größeren Ab- fluß von Dollarfonds auszulösen; denn wenn sich der „heiße“ Dol- larstrom auch hauptsächlich nach London ergoß, nachdem der schwei- zerische und der deutsche Geldmarkt für ausländische Investoren weni- ger attraktiv sind, glaubt man in der City doch, daß der Rückfluß ameri- kanischen Geldes, wenn auch über kurz oder lang unvermeidlich, nicht allzu schnell vonstatten ge- hen wird.

### *Dollarabgaben nicht spekulativ*

Für London ist die Abkehr vom Dollar vor allem ein währungs- politisches Problem, dem man mit den üblichen monetären Waffen beikommen kann, auch wenn es den Zentralbanken noch einige Zeit zu schaffen machen dürfte, zumindest solange bis der neue Präsident seine Konjunkturpolitik klargestellt und das Mißtrauen in der amerikanischen Wirtschaft be- seitigt hat. Private Kreise in Lon- don neigen zu der Ansicht, daß der Rückgang der amerikanischen

hilfe für unterentwickelte Gebiete beteiligen sollten, finden deshalb in England ein reges Echo. Es fragt sich, wie lange die englischen Behörden den überseeischen Mitgliedern des Sterlingblocks Kreditaufnahmen in London zur Finanzierung eines dauernden Außenhandelsdefizits gegenüber anderen Währungsbereichen gestatten können, wenn eine solche liberale Kreditpolitik nicht über kurz oder lang ihren Niederschlag in größeren englischen Exporten findet.

Wenn die zentralen Reserven des Sterlingblocks zugunsten seiner überseeischen Mitglieder in Anspruch genommen werden, weil das Preisverhältnis zwischen Rohstoffen und Fertigwaren die Industrieländer begünstigt, haben die Behörden in London wenigstens den Trost, daß englische Fabrikanten und Exporteure aus diesem Mißverhältnis Nutzen ziehen. Wenn aber Industriewaren in zunehmendem Maß von Lieferanten außerhalb des Sterlingbereichs bezogen werden, während diese Lieferländer gleichzeitig, wie im Gemeinsamen Markt, nach Autarkie für landwirtschaftliche Erzeugnisse streben, es also ihren überseeischen Kunden erschweren, für Industriewaren durch Sachlieferungen zu zahlen, so kann dies natürlich den Ausgleich der Währungsspannungen nur erschweren. Als Währungsverwalter für die Rohstoffländer im Sterlingbereich hat England an der Lösung dieses Problems ein besonderes Interesse.

#### **Enttäuschender Export Gefahr für die Konjunkturpolitik**

Hier liegt bekanntlich eins der größten Hindernisse auf dem Weg zu einer Verständigung zwischen den beiden europäischen Handelsblöcken, und britische Regierungssprecher haben im Hinblick auf die schwebenden Verhandlungen zwischen EWG und EFTA den hier bestehenden Schwierigkeiten in letzter Zeit besondere Bedeutung beigemessen. Nicht minder wichtig ist vom britischen Standpunkt aus die starke Zunahme der amerikanischen Exporte. Sollten die Vereinigten Staaten die Ausfuhr weiter forcieren — was angesichts der Flaute auf dem Binnenmarkt

und des anhaltenden Goldabflusses durchaus möglich ist —, so könnte dies unabhsehbare Folgen insbesondere für den britischen Export haben. Es ist bedauerlich, daß diese Gefahren gerade zu einem Zeitpunkt akut werden, in dem die britische Regierung eine positivere Konjunkturpolitik treiben möchte. Nachdem der inflationäre Druck daheim unter Kontrolle gebracht und die britische Zahlungsbilanz im Gleichgewicht ist, wäre dies durchaus möglich, wenn das britische Exportgeschäft im laufenden Jahr nicht so enttäuschend verlaufen wäre.

#### **SCHWEIZ: Durchgangsstation im Goldrush**

Zürich, den 5. 11. 1960

Jede Spekulationswelle internationalen Ausmaßes, die sich gegen diesen oder jenen Staat richtet, trägt der Schweiz wegen ihres Bankgeheimnisses traditionsgemäß den Vorwurf ein, ins Feuer zu blasen. So war es auch diesmal, kaum daß der Goldpreis am Londoner Markt bis auf 41 \$ hochschnellte. In der Tat muß in den Tagen des stärksten Nachfragedrucks der Anteil der Kaufordern aus der Schweiz beträchtlich gewesen sein. Sind es doch Schweizer Schätzungen, daß bei einer Gesamtnachfrage von 40—45 t nicht ganz 10 t auf Ordern entfielen, die über Schweizer Banken liefen. Daß diese an der Goldspekulation aktiv teilgenommen haben, ist ebensowenig nachweisbar, wie daß sie ihre Kundschaft zum Goldkauf animiert hätten. Wahrscheinlich ist beides nicht. Wohl aber trifft es zu, daß erhebliche Mengen Wartegeld bereitstanden, zumal durch das Gentlemen's Agreement im Sommer die Banken sich der Schweizerischen Nationalbank gegenüber verpflichtet hatten, kurzfristige Auslandsgelder nicht zu verzinsen und mit einer Kommission zu belasten.

Daß die schweizerischen Gold- und Devisenhändler nicht diejenigen waren, die das Feuer angefacht haben, möchte man auch daraus schließen, daß sie alle, so viele man befragen konnte, durch den explosionsartigen Ausbruch vollkommen überrascht waren.

Auch diejenigen Kritiker in England, die der Regierung früher übermäßige Vorsicht vorwarfen, sind der Ansicht, daß sie in ihrem Streben, dem Welthandel und der Förderung der jungen Überseestaaten zu dienen, bis an die Grenzen des Möglichen gegangen ist. Für größere Konzessionen an Großbritannien Handelspartner in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft besteht um so weniger Raum, als die überseeischen Mitglieder des Sterlingbereichs weiterhin auf den britischen Markt für den Absatz ihrer Landesprodukte angewiesen sind. (A.)

Wohl waren sie auf eine Verschlechterung der Dollarsituation gefaßt, da zwei Wochen vor dem Ausbruch des „rushs“ die Goldnachfrage in London unter dem Eindruck der weltpolitischen Lage und des amerikanischen Wahlkampfes plötzlich anstieg und der Preis über den Goldpunkt (Preis plus Transportkosten) hinausging. Aber das hatte es schon früher gegeben. Neu war, daß inzwischen der freie Goldmarkt in London wieder in Funktion getreten ist.

#### **Kritische Stimmen**

Jetzt wird man kritisch und dies vor allem gegen die Politik der amerikanischen Bundesreservebanken. Man wiederholt das, was auch London meint: ihre Versicherung, die Vereinigten Staaten hielten am Preis von 35 \$ für die Feinunze fest, habe nicht genügt. Man hätte sofort Gold an die Bank von England abtreten sollen. Je länger man warte, um so größer drohe der Goldverlust zu werden.

Die Entwicklung in der ersten Novemberwoche gibt den Kritikern recht. Sobald die große Nachfrage befriedigt werden konnte, stabilisierte sich der Goldpreis auf einem allerdings zu hohen Stand, zu hoch deshalb, weil ein Dollar und mehr über dem offiziellen Goldpreis der Spekulation eine Angriffsfläche bietet.

Das Unglück will es, daß gerade in diesem Augenblick die Politik de Gaulles Frankreich in eine neue Staatskrise zu treiben droht.

Daß es sich die ans Gold gewöhnten Franzosen nicht in Paris, sondern über Zürich zu verschaffen suchen, kann nicht wundernehmen. Ihre Ordern in Zürich haben zugenommen. Zugenommen haben dort auch Ordern aus den Vereinigten Staaten. Es wird gesagt, sie wären nicht von beträchtlichem Umfang, aber es handele sich um eine größere Zahl kleinerer Beträge, was als Zeichen dafür gelten könne, daß das Vertrauen in den Dollar gerade in der Mittelklasse schwächer wird. In der Schweiz wird stärker als in Deutschland beachtet, daß die Sowjetunion ihren Beruf als Brandstifter im Falle Goldrush dadurch ausübt, daß sie ihre traditionellen Goldverkäufe im Herbst unterläßt.

Die schweizerischen Banken müssen sich einen Vorwurf gefallen lassen, den anscheinend die Nationalbank gegen sie richtet: Wie aus ihrem Ausweis hervorgeht, haben sie in der kritischen Woche in größerem Umfang Dollarguthaben in Frankenguthaben umgewandelt. Auf lange Sicht hätten sie politisch klüger gehandelt, so wird ihnen in der Neuen Zürcher Zeitung vorgehalten, die Dollars im gegenwärtigen Augenblick zu halten. Der ganzen freien Welt sei an der Erhaltung des Dollar als Weltwährung gelegen oder sollte es sein.

#### **Zuversichtliche Prognose**

Im Augenblick — in der ersten Novemberhälfte — ist es keineswegs sicher, ob und wann der Goldpreis auf dem freien Markt zum offiziellen Preis zurückfinden wird. Doch wagen wir die Prognose, daß die seit dem Monatsbeginn bemerkbare Belebung der Zürcher Aktienbörse für das Gold anfällige Anlegerkreise zu ihr zurückführen wird, weil Gewinnchancen in amerikanischen Aktien vorhanden sind. Man neigt der Meinung zu, daß die New Yorker Börse ihren Tiefpunkt erreicht hat, daß es also wieder lohnt einzusteigen. Das hat man an der Zürcher Börse nach langer Pause in nicht unbeträchtlichem Ausmaß getan. Daß der Wahlkampf seinen Abschluß findet, ist ein Grund mehr für eine zuversichtlichere Beurteilung der Lage, ganz gleich wie der neue Präsident heißt.

#### **Dollarabwertung undenkbar**

Ob nun Nixon oder Kennedy, was Per Jacobsen am Anfang dieses Jahres gesagt hat, gilt immer noch: kein amerikanischer Präsident kann sich eine Abwertung des Dollar leisten. Erstaunlich ist freilich, wie groß das Unverständnis bei Staatsmännern und solchen, die es werden wollen, für Gold-, Finanz- und Devisenfragen sein kann. Die soliden Bankiers und Finanzkenner der Schweiz empfinden Unbehagen angesichts der Politik des billigen Geldes und der Kreditausdehnung, die in den Vereinigten Staaten die Wirtschaft ankurbeln soll. Wenn andere Staaten unter Inflationsdruck stehen, lauten die Ratschläge

amerikanischer Regierungsstellen jedenfalls anders. Und auf eine gesunde Finanzpolitik als Voraussetzung für eine gesunde Währung kommt es doch überall an, selbst in den Vereinigten Staaten.

Die Goldspekulation gegen den Dollar wirkt auf die Schweizer beunruhigend. Da sie sich aber nicht vorstellen können, daß die Amerikaner die Gefahr nicht sehen, so hoffen sie zuversichtlich, daß sich die Amerikaner über kurz oder lang zum energischeren Handeln aufrufen werden, daß unter dem neuen Präsidenten wieder die Ordnung im eigenen Haus hergestellt und das Goldproblem damit gegenstandslos wird. (H. F.)

### **SKANDINAVIEN: Ruhige Beurteilung der Dollarkrise**

Stockholm, den 9. 11. 1960

Ganz gewiß finden in den nordischen Ländern die währungs- und handelspolitischen Vorgänge in den Vereinigten Staaten immer wieder starke Beachtung, aber dennoch hat sich während der letzten zwei Jahre in dieser Blickrichtung ein bemerkenswerter Wandel vollzogen.

Bedingt ist diese Feststellung dadurch, daß Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden aus der Recession des Jahres 1958 mehr aus eigener Kraft und mit eigenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen herausgekommen sind als durch Einflüsse und Einwirkungen von anderer und damit also auch amerikanischer Seite. Das schließt aber naturgemäß nicht aus, daß in erheblichem Maße die internationale Konjunktur mit dazu beigetragen hat, daß alle nordischen Länder seit reichlich einem Jahre im Zeichen einer Hoch- und manchmal sogar Überkonjunktur stehen.

#### **Integrationsorgen**

Ein zweiter Sachverhalt ist von nicht geringerer Bedeutung. Seitdem es in Europa die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Kleine Freihandelszone (EFTA) gibt, haben gerade Dänemark, Norwegen sowie Schweden und in absehbarer Zeit voraussichtlich auch Finnland größere Sorgen, sich in diese Integrationen einzufügen, als

in währungspolitischer Beziehung. Es kommt hinzu, daß sich durch das Nebeneinanderbestehen von EWG und EFTA die handelspolitischen Bestrebungen Skandinaviens wahrscheinlich noch auf längere Zeit hinaus betont darauf konzentrieren, eine Formel für ein irgendwie geartetes Zusammengehen zu finden. An dieser Stelle meldet sich nun aber immer wieder der Wunsch der nordischen Länder an, diese Formel des Zusammenarbeitens so auszugestalten, daß die handelspolitischen Interessen der Vereinigten Staaten dabei unter gar keinen Umständen geschädigt werden. Das wurde in den ersten Novembertagen erneut wieder von dem schwedischen Handelsminister, Staatsrat Gunnar Lange, mit Nachdruck unterstrichen. Der Minister erklärte, daß für die skandinavischen Länder eine westeuropäische Zollunion, zwischen der EWG und der EFTA also, ganz einfach deshalb nicht in Frage kommen kann, weil dadurch erstens die westeuropäischen Handelsprobleme nicht gelöst werden können und zweitens eine solche Zollunion gegen die amerikanischen sowie auch die Interessen anderer außereuropäischer Länder verstoßen würde.

#### **Betonte Zurückhaltung**

Vor diesem Hintergrund wird denn auch die international viel diskutierte Krise um den Dollar in

Skandinavien mit einer ausgesprochenen Zurückhaltung beurteilt. So betonte zum Beispiel vor kurzem Dr. Marcus Wallenberg, daß die wirklichen Grundlagen für die Beruhigung um den Dollar ziemlich schwach seien. Damit sollte zweifelsfrei zum Ausdruck gebracht werden, daß eine Wirtschaft von der Kapazität und dem Potential derjenigen der Vereinigten Staaten wohl recht kräftige Stöße auszuhalten vermag.

Das hindere aber nicht, fügte Dr. Wallenberg hinzu, daß die zahlreichen pessimistischen Beurteilungen in den Vereinigten Staaten und auch in einigen europäischen Ländern eines guten Tages bittere Realität werden könnten. Dies wäre dann der Fall, wenn es den Amerikanern nicht gelingt, das frühere feste Vertrauen zum Dollar wiederherzustellen sowie die westliche Welt davon zu überzeugen, daß an eine Devaluation des Dollar, das heißt die Erhöhung des Goldpreises in Dollar nicht gedacht wird. Falls das nicht gelingt, kann die gefährliche Situation entstehen, daß die Vereinigten Staaten entweder zu einer deflatorischen Politik mit allen unerwünschten Folgen für die Konjunktur oder aber auch letztlich doch zur Devaluation gezwungen werden könnten. Die dritte Alternative der Einführung von Devisenrestriktionen schloß Dr. Wallenberg als undurchführbar aus.

**Devaluation  
nur im „äußersten Fall“**

Gegenwärtig ist keine dieser drei Möglichkeiten aktuell. Alle Wahrscheinlichkeit spricht in nordeuro-

päischer Sicht jedoch dafür, daß im „äußersten Falle“, das heißt also bei einer scharfen Zuspitzung der amerikanischen Konjunktur, zu dem Mittel der Devaluation gegriffen werden würde. Bis dahin ist es mutmaßlich aber noch ein langer Weg. Und zwar wird in maßgebenden Kreisen geltend gemacht, daß sich die amerikanischen Export- und Binnenmarktindustrien trotz des ständig schärfer werdenden Wettbewerbs der europäischen Industrien in den letzten Jahren gut behauptet und in dem einen oder anderen Falle vielleicht sogar als überlegen erwiesen haben. Trotz einer zur Zeit etwas schwächeren Konjunktur in den Vereinigten Staaten werden die Aussichten keineswegs ungünstiger als in anderen Ländern beurteilt.

Ein großes Fragezeichen setzen die Nordländer hinter den neuen Präsidenten. Wird künftig eine expansivere und damit eventuell inflationistischere Wirtschaftspolitik geführt werden? Vorerst läßt sich

diese Frage nicht beantworten. Die allgemeine Auffassung geht etwa dahin, daß die Ausgabenpolitik in Zukunft weniger restriktiv gehandhabt werden dürfte als bisher, daß sich in der amerikanischen Geldpolitik wahrscheinlich aber nicht viel ändern wird.

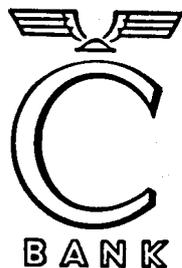
Sollte die „Dollarkrise“ schließlich jedoch in eine Devaluation ausmünden, dürfte den skandinavischen Ländern wahrscheinlich kaum etwas anderes übrigbleiben als mitzumachen. Allerdings hängt das weitgehend wiederum davon ab, welche anderen Länder des Westens dem Dollar folgen würden. Im allgemeinen wird im Norden angenommen, daß die DM und der Schweizer Franken auf eine Dollar-Devaluation nicht reagieren werden. Wohl aber besteht die Auffassung, daß das Pfund Sterling eine Dollar-Devaluation mitzumachen gezwungen wäre. Und das bedeutet, daß sich ihr auch die skandinavischen Länder anschließen würden. (dt.)

## NIEDERLANDE: Furcht vor der Politik des billigen Geldes

Leiden, den 10. 11. 1960

Obwohl auch Kennedy erklärt hat, gegen „tinkering with the dollar“ und für Erhöhung der Rüstungsausgaben zu sein, hat die Amsterdamer Effektenbörse zunächst den Wahlausgang mit höheren Aktienkursen beantwortet. Es dürfte zwar verfrüht — und wahrscheinlich nicht ganz gerecht — sein, jetzt schon voraussagen zu wollen, wie sich die Politik des neuen Präsidenten,

der auch der führende Staatsmann der Freien Welt ist, entwickeln dürfte. Aber in niederländischen Wirtschaftskreisen weist man auf die öfters zutage getretene Experimentierlust demokratischer Präsidenten hin, wogegen sich die Republikaner meist etwas zurückhaltender gezeigt haben. Niemand wird verneinen, daß es notwendig sein wird, die amerikanische Industrie neu zu beleben und die Erwerbs-



**COMMERZBANK**  
AKTIENGESELLSCHAFT

Hauptverwaltungen in

DUSSELDORF · FRANKFURT (MAIN) · HAMBURG

In Berlin BERLINER COMMERZBANK Aktiengesellschaft

Geschäftsstellen überall in der Bundesrepublik und in West-Berlin

losigkeit zurückzudrängen. In diesem Zusammenhang befürchtet man hierzulande vor allem in Bankkreisen, daß Kennedy möglicherweise eine „Politik des billigen Geldes“ betreiben wird. Dabei dürfte es nicht ausgeschlossen sein, daß die Konsequenzen inflationistische Tendenzen und vielleicht sogar eine Entwertung des Dollars sein würden, denn gewaltige Investitionen oder Injektionen dürften sich dann als unerlässlich erweisen.

#### **Reservierte Haltung**

Wer in den Niederlanden nicht „progressistisch“ angehaucht ist, betrachtet daher die Wahl Kennedys — ohne dessen Qualitäten geringschätzen zu wollen — mit einer leichten Reserve, und man wartet ab, während man die Lage der amerikanischen Zahlungsbilanz als das Hauptproblem betrachtet. Dabei hält man es für Amerikas Hauptaufgabe, das nationale und internationale Vertrauen zum Dollar wiederherzustellen. Man vergegenwärtigt sich jedoch gleichzeitig, daß eine Gesundung der amerikanischen Zahlungsbilanz mehrere Gefahren für die Partner der Vereinigten Staaten mit sich bringen kann. Es ist nach einer anfänglich kräftigen Steigerung der amerikanischen Ausfuhr ein Absinken zu beobachten, während die Abschwächung der europäischen Hochkonjunktur und die ungünstigere Lage der Rohstoffländer kaum eine baldige Zunahme des amerikanischen Exports erwarten lassen.

Es dürfte sich erübrigen, an dieser Stelle tiefer auf die wirtschaftlichen und politischen Folgen einer Drosselung der amerikanischen Einfuhr oder militärischen und wirtschaftlichen Unterstützung des Auslandes einzugehen, während eine Verminderung der amerikanischen industriellen Investitionen die Expansionsmöglichkeiten verschiedener Staaten einschränken und die amerikanische Industrie billiger Standorte zum Beispiel im EWG-Raum berauben würde.

Es mag vielleicht Verwunderung wecken, daß in den niederländischen Kommentaren zur politischen und wirtschaftlichen Lage der Vereinigten Staaten im allgemeinen

die eventuellen Auswirkungen auf die niederländische Ausfuhr in ihrer Gesamtheit sehr wenig zur Sprache kommen. Im Gegenteil, ein Minister ist sogar so weit gegangen, zu erklären, daß eine Recession in den Vereinigten Staaten die niederländische Gesamtausfuhr kaum beeinflussen würde, zumal man in den anderen Staaten und vor allem im EWG-Raum einen Ausgleich finden würde.

#### **Entwicklung des Außenhandels mit den USA**

Im Zusammenhang mit den eventuellen Problemen dürfte vor allem die Außenhandelsentwicklung im laufenden Jahr interessant sein. Es stellt sich heraus, daß der Wert der niederländischen Einfuhr aus den USA in den ersten neun Monaten 1960 gegenüber dem entsprechenden Zeitraum 1959 um nicht weniger als 45% stieg, während sich die Gesamteinfuhr um nur 16% erhöhte. Die Folge war ein gesteigerter Anteil der USA an dieser Gesamteinfuhr.

Demgegenüber sank die Ausfuhr nach den USA in den Monaten Januar/September 1960 um 6% gegenüber einer Erhöhung der Gesamtausfuhr in dieser Periode um 14%. Nebenbei sei bemerkt, daß sich in diesem Zeitraum der Export nach den EWG-Staaten um 18% und nach den EFTA-Ländern um 15% erhöhte. Die Erwartung dürfte naheliegen, daß Schwankungen im Außenhandel mit den USA (Gesamtanteil 1960: 9,3%, 1959: 8,5%) vor allem in Anbetracht der Ausgleichsmöglichkeiten in anderen Staaten keine übergroßen Auswirkungen auf die niederländische Außenwirtschaft in ihrer Gesamtheit haben würden. Für einzelne Betriebszweige dürfte das jedoch anders sein.

#### **Flexible Wechselkurse**

Was die Währung betrifft, kann festgestellt werden, daß erstens die Schwankungen des Dollarkurses auf dem Amsterdamer Wechselmarkt zunächst noch nicht übergroß gewesen sind. Weiter verzeichnete der Gold- und Devisenbestand der Niederländischen Bank sowohl am 24. und 31. Oktober als auch am 7. November 1960 nur geringfügige Veränderungen.

Im Parlament fragte sich ein Abgeordneter — ein angesehener Bankier — im Hinblick auf die Strukturausschwächung in den Vereinigten Staaten, die abbröckelnden Rohstoffpreise und die Spannungen in den Wechselkursen, ob vielleicht schwebende Wechselkurse die Lösung darstellen würden, zumal Festkurse nur bei einer gleich ausgerichteten Politik in den verschiedenen Staaten denkbar sein würden. Auf keinen Fall dürfe man an einem starren Preisniveau festhalten, und eine größere Distanz zwischen den Goldpunkten der Währungen dürfte angebracht sein. Nach Ansicht dieses Experten sei der Gulden noch immer unterbewertet, während die höheren Goldpreise den Zweifel am Wert des Devisenbesitzes gesteigert haben.

Tatsache ist, daß sich die zu starke Spannung in der niederländischen Wirtschaft bislang eigentlich nur auf dem Arbeitsmarkt ausgedrückt hat, wobei es noch eine offene Frage ist, ob die Ursachen im In- oder im Ausland liegen. Weiter dürfte ohne eine Umbewertung der Deutschen Mark kaum eine Korrektur durch die Wechselkurse zu erwarten sein.

#### **Spezifisches Interesse: Seehäfen**

Schließlich sei noch ein spezifisches Interesse dieses Verkehrslandes am Handelsverkehr mit den USA erwähnt, nämlich die Seehäfen, deren Schicksal nicht nur und oft nicht einmal an erster Stelle mit dem Verlauf des nationalen Außenhandels verknüpft ist, so daß hier die Verhältnisse anders liegen. Im ersten Halbjahr 1960 entfielen 9,8% der Ein- und Ausfuhr und 20,9% des Transits über Rotterdam auf den Seegüterverkehr mit den USA; in Amsterdam betragen diese Anteile 17,3 bzw. 11,8%.

Für die Niederlande dürften also die wirtschaftlichen Unsicherheiten der zukünftigen amerikanischen Politik und Konjunktur vor allem in den weltweiten Ausstrahlungen einer eventuellen inflationistischen Politik des billigen Geldes, im Schiffs- und Güterverkehr in den großen Seehäfen und in einer Drosselung der Auslandsinvestitionen der amerikanischen Industrie liegen. (—e—)